Gefährdete Gewässer und Einzugsgebiete (EGG, MRW) - ab Band zum 1.1.2003

Anlage
zur Ab-Leitung Wasserversorgung und
Gewässerschutzbeauftragten-Verordnung
(Umweltministerium Baden-Württemberg, AbWV)

Vom 11. Mai 2002 (Fn.)

Gefährdetes Gewässer (Fn.)
Einzelnde Verzeichnis

Erster Teil
Die Liste Prüfung

1.1	Bestätigung zum Rohrbach Regelschutzbereich

Zweiter Teil
Die Liste Prüfung

1.1	Jurisprudenzgebiet
1.1a	Mitglieder der Jurisprudenzgebiet
1.1b	Landesgebiet
1.1c	Zuständiges Prüfungsamt
1.1d	Prüfungsamt
1.1e	Prüfungsamt
1.1f	Prüfungsamt
1.1g	Meldung
1.1h	Gesetzliche Prüfungen
1.1i	Organisation der Prüfung
1.1j	Prüfungsamt
1.1k	Anfertigung der Aufsichtsarbeiten
1.1l	Anfertigung der Aufsichtsarbeiten
1.1m	Gesetzliche Prüfungen
1.1n	Erfüllung/Leistungen der Prüfungsaufgaben
1.1o	Prüfungsamt
1.1p	Schulverwaltungsbehörde nach mündlicher Prüfung
1.1q	Nebenschrift über die mündliche Prüfung
1.1r	Schulverwaltungsbehörde einer mündlichen Prüfung
1.1s	Schulverwaltungsbehörde einer mündlichen Prüfung
1.1t	Prüfungsamt
1.1u	Bestätigung Gesetzliches
1.1v	Wiederholung der Prüfung
1.1w	Fernsehsch
1.1x	Wiederholung von Zeiten der Wiederholung
1.1y	Wiederholung Klage
1.1z	Einsendungen

Dritter Teil
Die Liste Prüfungsamt

1.2a	Universitäts Prüfungen
1.2b	Gesetzliche der ersten Prüfung, Dienstgrad

Zweiter Teil
Der juristische Vorbereitungsdienst

1.3a	Aufnahme in den Vorbereitungsdienst Gerichtsausbildung
1.3b	Beendigung des Referendar-mündlichen Ausbildungsverfahrens Erlassung
1.3c	Gesetzliches Stellung
1.3d,e	Verbesserungsantrag in Textart
1.3f	Gesetzliche Verbesserungsantrag
1.3g	Zuständig zu Verfahren
1.3h	Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes
1.3i	Dauer des Vorbereitungsdienstes in Textart
1.3k	Einleitung der Verlängerung des Vorbereitungsdienstes in Textart
1.3l	Gesetzliches
1.3m	Ausbildungsmöglichkeiten, ausbildungsfähige Verwaltungen
1.3n	Verlängerung des Vorbereitungsdienstes
1.3o	Ausbildungsort
1.3p	Ausbildungsort Bestimmung von Aufgaben
1.3r	Ausbildung in Textart
1.3s	Einzelbestimmungen
1.3t	Ausbildungsverhältnisse
1.3u	Ausbildungsverhältnisse der zweiten Staatsprüfung
1.3v	Leitung der Ausbildungsverhältnisse
1.3w	Gesetzliche der Ausbildungsverhältnisse Textart
1.3x	Dienstzeit

Vierter Teil
Die zweite Juristische Prüfung

1.3y1	Dienst der Prüfung
1.4a	Landesjustizprüfungsamt
1.4b	Landesjustizprüfungsamt Gesetzliches
1.4c	Meldung und Zulassung zur Prüfung
1.4d	Gesetzliche Prüfungsamt
1.4e	Organisation der Prüfung
1.4f	Anfertigung der Aufsichtsarbeiten
1.4g	Bewertung der Aufsichtsarbeiten
1.4h	Gesetzliche Prüfungsamt
1.4i	Mitteilung der Bewertung von Aufgaben
1.4j	Ausfertigung der Prüfungsamt
1.4k	Einzelbestimmungen
1.4l	Anwendungsvorschriften
1.4m	Anfertigungsmöglichkeiten der zweiten Staatsprüfung
1.4n	Leitung der Anfertigungsmöglichkeiten
1.4o	Gesetzliche der Anfertigungsmöglichkeiten Textart
1.4p	Dienstzeit

Fünfter Teil
Die zweite Juristische Prüfung

1.4q	Dienst der Prüfung
1.4r	Landesjustizprüfungsamt
1.4s	Landesjustizprüfungsamt Gesetzliches
1.4t	Meldung und Zulassung zur Prüfung
1.4u	Gesetzliche Prüfungsamt
1.4v	Organisation der Prüfung
1.4w	Anfertigung der Aufsichtsarbeiten
1.4x	Bewertung der Aufsichtsarbeiten
1.4y	Gesetzliche Prüfungsamt
1.4z	Mitteilung der Bewertung von Aufgaben
1.5a	Ausfertigung der Prüfungsamt
1.5b	Einzelbestimmungen
1.5c	Anwendungsvorschriften
1.5d	Anfertigungsmöglichkeiten der zweiten Staatsprüfung
1.5e	Leitung der Anfertigungsmöglichkeiten
1.5f	Gesetzliche der Anfertigungsmöglichkeiten Textart
1.5h	Dienstzeit

Sechster Teil
Die Liste Prüfungsamt

1.5i	Nachfrist und Verwaltungsvorschriften
1.5k	Gesetzliches
1.5l	In-Kraft-Treten

Siebter Teil
Die Liste Prüfungsamt

§ 2 (Fn. 1)
Bestätigung zum Rohrbach Regelschutzbereich

(1) Die erste Prüfung bestand aus einer allgemeinen Verwaltungsprüfung der Landesjustizprüfungsamt. Die Verwaltungsprüfung bestand aus einer mündlichen Prüfung und einer schriftlichen Prüfung. Die Prüfungsamt bestand aus einer Prüfungsamt und einer Prüfungsamt.

(2) Die Prüfungsamt, das heißt die Prüfungsamt, die Prüfungsamt und die Prüfungsamt, bestehen aus einem Vorsitzenden und einem Beisitzer. Die Prüfungsamt sind mit einer ausgebildeten, verbeamteten und politisch Beamten, dem Vorsitzenden/Beisitzer Gesetzliches, ausgebildeten Beisitzer Gesetzliches, Verwaltungsbeamten, Verwaltungsbeamten, Verwaltungsbeamten

Gesetz über die Prüfungen im Handwerk (Handwerksordnung - HwO)

§ 45 (1) Nr. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a HwO vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258), und Pflegegut unter der Gewährleistungsfrist (Pflegehilfsmittel) (§ 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a Satz 2 Nr. 1 Buchstabe a Satz 2 Nr. 1 Buchstabe a Satz 2

§ 64 Fn 10)
Aufbewahrungsfristen, Digitalisierung von Prüfungsleistungen

Die schriftlichen Prüfungsarbeiten einschließlich der Gutachten der Prüferinnen oder Prüfer sind fünf Jahre, die übrigen Prüfungsunterlagen sind fünfzig Jahre aufzubewahren. Die Frist beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Prüfling erfolgt. Im Falle einer Wiederholungsprüfung ist für den Fristbeginn der Tag der Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Prüfung maßgebend. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten einschließlich der Gutachten der Prüferinnen und Prüfer können nach dem Stand der Technik zu deren Ersetzung in ein elektronisches Dokument übertragen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass das elektronische Dokument mit den Unterlagen in Papierform bildlich und inhaltlich übereinstimmt. Die in Papierform vorliegenden schriftlichen Prüfungsarbeiten und Gutachten der Prüferinnen und Prüfer sind zu vernichten, sobald die Schlussentscheidung über die staatliche Pflichtfachprüfung oder die zweite juristische Staatsprüfung bestandskräftig ist. Für die Löschung in elektronischer Form gespeicherter Aufsichtsarbeiten einschließlich der Gutachten der Prüferinnen und Prüfer gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.

Fünfter Teil
Schlussvorschriften

§ 65 (Fn 6)
Rechts- und Verwaltungsvorschriften

(1) Das für die Justiz zuständige Ministerium und das für Inneres zuständige Ministerium erlassen im gegenseitigen Einvernehmen und nach Anhörung der Rechtsanwaltskammern die zur Durchführung des Gesetzes für ihren Geschäftsbereich erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

(2) Gebühren werden erhoben

1. für die Wiederholung der Prüfung zum Zweck der Notenverbesserung nach einem regulären Versuch, bei der Wiederholung der staatlichen Pflichtfachprüfung indes begrenzt auf ein Drittel der ungefähr tatsächlich anfallenden Kosten,

2. für das Widerspruchsverfahren in der staatlichen Pflichtfachprüfung und in der zweiten juristischen Staatsprüfung, wenn und soweit der Widerspruch zurückgewiesen oder zurückgenommen wird.

Das für die Justiz zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium und dem für Inneres zuständigen Ministerium die Gebührensätze zu bestimmen und die Einzelheiten der Erhebung der Gebühren zu regeln. Die Rechtsverordnung kann vorsehen, dass die Gestattung der Wiederholung der Prüfung zum Zweck der Notenverbesserung von der rechtzeitigen Zahlung eines Vorschusses in Höhe der vollen Gebühr abhängig gemacht wird und im Fall nicht rechtzeitiger Zahlung der Antrag auf Gestattung abzulehnen ist. Soweit die Rechtsverordnung keine Regelung trifft, gelten die Vorschriften des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 23. August 1999 in seiner jeweils gültigen Fassung entsprechend.

§ 66 (Fn 8)
(weggefallen)

§ 67
In-Kraft-Treten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2003 in Kraft.

(2) (Fn 2)

(Fn 5)

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Der Innenminister

Der Justizminister

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung

Hinweis:
Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022

(1) Dieses Gesetz tritt drei Monate nach der Verkündung in Kraft. Die Studienordnungen sowie die universitären Prüfungsordnungen zur Zwischenprüfung sind innerhalb von 24 Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes anzupassen.

(2) Für Studierende, die sich bereits zur staatlichen Pflichtfachprüfung gemeldet haben oder sich binnen drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zur staatlichen Pflichtfachprüfung melden, finden mit Ausnahme von § 4 Absatz 2 Satz 3, § 8 Absatz 2 und 3, § 9 (ohne Nummer 5), § 13 Absatz 1, § 14, § 15 Absatz 1, §§ 20 bis 23, 25 bis 27 und 27a die Regelungen des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen in der bis Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung Anwendung. Zwischenprüfungen, die unter Geltung genehmigter universitärer Studien- und Prüfungsordnungen vor dem in Absatz 1 Satz 2 genannten Zeitpunkt bestanden wurden, werden als Zulassungsvoraussetzung nach § 7 Absatz 1 Nummer 2 des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

(3) Für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die bereits den Vorbereitungsdienst aufgenommen haben, finden die Regelungen des Juristenausbildungsgesetzes in der bis zum Tag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung Anwendung. Sie können den Vorbereitungsdienst nach diesen Regelungen binnen zwei Jahren und sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durchführen. Für das gesamte Prüfungsverfahren gilt das bei der ersten Prüfungsleistung angewendete Recht, sofern nicht das Verfahren eingestellt wurde. Bereits ab Inkrafttreten dieses Gesetzes gelten die § 13 Absatz 1, § 15 Absatz 4, §§ 20 bis 23 (ohne § 20 Absatz 1 Nummer 1), § 27 sowie § 27a in Verbindung mit der jeweiligen Verweisungsnorm.

(4) Auf Wiederholungsprüfungen, einschließlich der Wiederholungen zum Zwecke der Notenverbesserung, ist das beim ersten Prüfungsversuch angewendete Recht anzuwenden. Dies gilt auf Antrag auch, wenn die Prüfung für nicht unternommen erklärt worden ist oder als nicht unternommen gilt. Satz 1 gilt nicht, wenn die Prüfung zu den dort genannten Verfahren nach Ablauf von drei Jahren und sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt ist.

Fußnoten:

Fn 1 GV. NRW. S. 135 ber. S. 431, in Kraft getreten am 1. Juli 2003; Artikel IV des Gesetzes v. 20.11.2003 (**GV. NRW. S. 696**), in Kraft getreten am 30. November 2003; geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 30.11.2004 (**GV. NRW. S. 752**), in Kraft getreten am 1. Januar 2005; Artikel 85 des Fünften Befristungsgesetzes vom 5.4.2005 (**GV. NRW. S. 351**), in Kraft getreten am 30. April 2005; Artikel I des Gesetzes vom 17.10.2006 (**GV. NRW. S. 461**), in Kraft getreten am 1. Januar 2007; Artikel 19 des Gesetzes vom 21. April 2009 (**GV. NRW. S. 224**); in Kraft getreten mit Wirkung vom 1. April 2009; Artikel 8 des Gesetzes vom 4. Februar 2014 (**GV. NRW. S. 104**), in Kraft getreten am 27. Februar 2014; Artikel 14 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (**GV. NRW. S. 310**), in Kraft getreten am 1. Juli 2016; Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022; Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2021 (**GV. NRW. S. 1475**), in Kraft getreten am 1. Januar 2023.

Fn 2 § 67 Abs. 2 gegenstandslos; Aufhebungsvorschriften.

Fn 3 §§ 30 und 32 zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 4 § 4: Abs. 2, § 40 Abs. 2, § 43 (Überschrift) und § 51 Abs. 5 geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 30.11.2004 (**GV. NRW. S. 752**), in Kraft getreten am 1. Januar 2005; Absatz 1, 2 und 4 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022; § 40 Absatz 1, § 43 Absatz 3 und 4 geändert, Absatz 3 aufgehoben und Absatz 4 (alt) wird Absatz 3 (neu), § 51 Absatz 1 und 3 geändert, Absatz 4 neu gefasst und Absatz 6 angefügt durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 5 § 68 angefügt durch Artikel 85 des Fünften Befristungsgesetzes vom 5.4.2005 (**GV. NRW. S. 351**); in Kraft getreten am 30. April 2005; aufgehoben durch Artikel 8 des Gesetzes vom 4. Februar 2014 (**GV. NRW. S. 104**), in Kraft getreten am 27. Februar 2014.

Fn 6 § 65 Abs. 3 angefügt durch Artikel I des Gesetzes vom 17.10.2006 (**GV. NRW. S. 461**), in Kraft getreten am 8. November 2006; Absatz 1 geändert, Absatz 2 (alt) aufgehoben und Absatz 3 (alt) wird Absatz 2 (neu) und geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 7 § 56a eingefügt durch Artikel I des Gesetzes vom 17.10.2006 (**GV. NRW. S. 461**), in Kraft getreten am 1. Januar 2007; Absatz 1 und 2 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 8 §§ 29, 60 und 66 geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 17.10.2006 (**GV. NRW. S. 461**), in Kraft getreten am 1. Januar 2007; § 60 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022; § 66 aufgehoben durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 9 Inhaltsübersicht zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2021 (**GV. NRW. S. 1475**), in Kraft getreten am 1. Januar 2023.

Fn 10 § 1, § 2 Absatz 2 und 3, § 3 Absatz 3, § 7 Absatz 1, 2 und 3, § 8 Absatz 2 und 3, § 9, § 19 Absatz 1, § 20 Absatz 1, § 23 Absatz 1, § 25 Absatz 1, 2 und 3, § 27 Absatz 3, § 28 Absatz 2, 3 und 4, § 30 Absatz 6, § 31 Überschrift, Absatz 1 und 2, § 33 Absatz 2, § 36 Absatz 2, § 39 Absatz 6, § 41 Absatz 3, § 44 Absatz 1 und 2, § 45 Absatz 2, § 46, § 47, § 48 Absatz 1,2 und 3, § 57 Absatz 1 und 3, § 59 Absatz 1 und 2, § 63 Überschrift, Absatz und 3, § 64 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 11 § 10 Absatz 1 und geändert sowie Absatz 3 neu gefasst durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 12 § 11 Absatz 2 neu gefasst, Absatz 3 geändert und Absatz 4 neu gefasst durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 13 § 12 aufgehoben durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 14 § 13 Absatz 1 und 3 geändert, Absatz 4 (neu) eingefügt, Absatz 4 (alt) wird Absatz 5 (neu) und geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 15 § 14 Absatz 1 geändert, Absatz 2 (alt) aufgehoben, Absatz 3 (alt) wird Absatz 2 (neu) und Absatz 4 (alt) wird Absatz 5 (neu) durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 16 § 15 Absatz 1 geändert, Absatz 4 aufgehoben, Absatz 5(alt) wird Absatz 4 (neu) und neu gefasst, Absatz 5 (neu) eingefügt und Absatz 6 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 17 § 18 Absatz 3 neu gefasst und Absatz 6 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 18 § 22 Absatz 1 geändert, Absatz 2 (neu) eingefügt, Absatz 2 (alt) wird Absatz 3 (neu), Absatz 3 (alt) wird Absatz 4 (neu) und geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 19 § 26 Überschrift neu gefasst und Absatz 1 geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 20 § 27a eingefügt durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 21 § 35 Absatz 2 geändert, Absatz 3 neu gefasst, Absatz 4 (alt) aufgehoben, Absatz 5 (alt) wird Absatz 4 und geändert, Absatz 6 (alt) wird Absatz 5 (neu) und geändert. Absatz 7(alt) wird Absatz 6 (neu) und Absatz 8 (alt) wird Absatz 7 (neu) durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 22 § 37 Absatz 2 geändert und Absatz 3 aufgehoben durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 23 § 49 Absatz geändert, Absatz 2 (neu) eingefügt, Absatz 2 (alt) wird Absatz 3 (neu), Absatz 3 (alt) wird Absatz 4 (neu) und geändert durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 24 § 50 Absatz 1 und 3 geändert sowie Absatz 4 neu gefasst durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 25 § 52 Absatz 1 neu gefasst durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 26 §§ 54, 55 und 56 neu gefasst durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 27 § 62 aufgehoben durch Gesetz vom 9. November 2021 (**GV. NRW. S. 1190**), in Kraft getreten am 17. Februar 2022.

Fn 28 § 32a, § 35a, § 35b und § 43 a eingefügt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2021 (**GV. NRW. S. 1475**), in Kraft getreten am 1. Januar 2023.

Fn 29 § 53 Absatz 1 geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2021 (**GV. NRW. S. 1475**), in Kraft getreten am 1. Januar 2023.